

Verkündungsblatt

Amtliches Mitteilungsblatt der Hochschule Emden/Leer

2014

Emden, 10.07.2014

Nummer 22

- Inhalt:**
1. Ordnung über den Zugang und die Zulassung zum konsekutiven Masterstudiengang „Soziale Arbeit und Gesundheit im Kontext Sozialer Kohäsion“ am Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit an der Hochschule Emden/Leer.

Genehmigt vom MWK am 08.07.2014

Das vollständige Verkündungsblatt finden Sie unter:

<http://www.hs-empden-leer.de/hochschule/verkuendungsblaetter.html#ANC31414>



Herausgeber: Präsidium der Hochschule Emden/Leer

Redaktion: Präsidialbüro

Ordnung über den Zugang und die Zulassung zum konsekutiven Masterstudiengang „Soziale Arbeit und Gesundheit im Kontext Sozialer Kohäsion“ am Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit an der Hochschule Emden/ Leer

Der Senat der Hochschule Emden/ Leer hat am 20. Mai 2014 folgende Ordnung nach § 18 Abs. 8 NHG und § 7 NHZG beschlossen, genehmigt vom Ministerium für Wissenschaft und Kultur am 08.07.2014.

Inhaltsverzeichnis:

§ 1 Geltungsbereich.....	1
§ 2 Zugangsvoraussetzungen	1
§ 3 Studienbeginn und Bewerbungsfrist	3
§ 4 Zulassungsverfahren.....	3
§ 5 Auswahlkommissionen für den Masterstudiengang „Soziale Arbeit und Gesundheit im Kontext sozialer Kohäsion“	3
§ 6 Bescheiderteilung, Nachrückverfahren, Abschluss der Verfahren.....	4
§ 7 Zulassung für höhere Fachsemester	4
§ 8 In-Kraft-Treten	5

§ 1 Geltungsbereich

(1) Diese Ordnung regelt den Zugang und die Zulassung zum Masterstudiengang „Soziale Arbeit und Gesundheit im Kontext Sozialer Kohäsion“.

(2) Die Zugangsvoraussetzungen richten sich nach § 2.

(3) Erfüllen mehr Bewerberinnen und Bewerber die Zugangsvoraussetzungen als Plätze zur Verfügung stehen, werden die Studienplätze nach dem Ergebnis eines hochschuleigenen Auswahlverfahrens vergeben (§ 4). Erfüllen weniger Bewerberinnen und Bewerber die Zugangsvoraussetzungen als Plätze zur Verfügung stehen, findet ein Auswahlverfahren nicht statt.

§ 2 Zugangsvoraussetzungen

(1) Voraussetzung für den Zugang zum konsekutiven Masterstudiengang „Soziale Arbeit und Gesundheit im Kontext Sozialer Kohäsion“ ist, dass die Bewerberin oder der Bewerber

- a) einen Studienabschluss
 - aa) entweder an einer deutschen Hochschule oder an einer Hochschule, die einem der Bologna-Signatarstaaten angehört, einen Bachelorabschluss oder diesem gleichwertigen Abschluss im Studiengang Soziale Arbeit/Sozialpädagogik, oder im Studiengang Sozial- und Gesundheitsmanagement oder in einer sozial- oder gesundheitswissenschaftlichen Studienrichtung oder einer pädagogischen Studienrichtung
 - bb) oder einen Bachelorabschluss oder diesem gleichwertigen Abschluss in einem Studiengang, der den in aa) genannten Studiengängen fachlich eng verwandt ist,
 - cc) oder an einer anderen ausländischen Hochschule einen gleichwertigen Abschluss in einem Studiengang, der den in aa) genannten Studiengängen fachlich eng verwandt ist, erworben hat; die Gleichwertigkeit wird nach Maßgabe der Bewertungsvorschläge der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen beim Ständigen Sekretariat der Kultusministerkonferenz (www.anabin.de) festgestellt,

sowie

- b) die besondere Eignung nach Absatz 2 nachweist.

Die Entscheidung, ob ein Studiengang fachlich eng verwandt ist, trifft die Auswahlkommission (§ 5); die positive Feststellung kann mit der Auflage verbunden werden, noch fehlende Module innerhalb von zwei Semestern nachzuholen.

(2) Die besondere Eignung setzt voraus:

- a) einen qualifizierten Diplom- oder Bachelorabschluss nach Maßgabe des Absatzes 4, sowie
- b) die Feststellung der besonderen Eignung nach Absatz 3. Die besondere Eignung wird kumulativ nach Maßgabe des Absatzes 3 ermittelt und ist festgestellt, wenn mindestens acht Punkte erreicht wurden.

(3) Für die besondere Eignung sind folgende Faktoren maßgebend:

- a) Note des Hochschulabschlusses
 - 1,00 – 1,50 = 10 Punkte
 - 1,51 – 2,50 = 7 Punkte

Zugangs- und Zulassungsordnung für den Masterstudiengang „Soziale Arbeit und Gesundheit im Kontext Sozialer Kohäsion“

2,51 – 3,00 = 5 Punkte
> 3,0 = 0 Punkte

- b) Der Nachweis einer besonderen Motivation für den gewählten Studiengang nach Maßgabe des Absatzes 5. Hieraus können insgesamt bis zu 4 Punkte erreicht werden.

(4) Der qualifizierte Diplom- bzw. Bachelorabschluss setzt voraus, dass die Note des Hochschulabschlusses des vorangegangenen Studiums gemäß Absatz 3, Buchstabe a) mit mindestens 5 Punkten bewertet wird. Über die Zulassung entscheidet die Auswahlkommission (§ 5). Wenn der Studienabschluss zum Bewerbungszeitpunkt noch nicht vorliegt, ist abweichend von Satz 1 erforderlich, dass 90 % der insgesamt erforderlichen Leistungen erfolgreich erbracht wurden (d.h. mindestens 162 Leistungspunkte vorliegen). Die so ermittelte Durchschnittsnote wird sowohl für die Ermittlung der besonderen Eignung nach (3) als auch im Auswahlverfahren nach § 4 berücksichtigt, unabhängig davon, ob das Ergebnis der Bachelorprüfung hiervon abweicht. Über die erbrachten Leistungen, die Leistungspunkte und die bisher erreichte Durchschnittsnote legen die Bewerberinnen und Bewerber eine Bescheinigung vor.

(5) Der Nachweis der besonderen Motivation erfolgt durch ein dem Bewerbungsschreiben beizufügendes Motivationsschreiben, in dem die Bewerberin bzw. der Bewerber Folgendes darzulegen hat:

1. mit welchen Erfahrungen und Interessen die Bewerberin oder der Bewerber das Studium aufnehmen möchte,
2. welche Ziele mit der Entscheidung zum Studium verfolgt werden,
3. inwieweit sie oder er mit dem Studium an eigene wissenschaftliche Arbeiten anknüpfen will und
4. welche wissenschaftliche Fragestellungen er oder sie in Bezug auf die Soziale Kohäsion im Studium weiter verfolgen möchte.

Die Motivationsschreiben werden von der Auswahlkommission (§ 5) begutachtet. Der Nachweis der besonderen Motivation setzt voraus, dass das Motivationsschreiben mit mindestens zwei Punkten bewertet wird. Dabei wird für jeden der vier Parameter nach Satz 1 entweder 0 Punkte oder 1 Punkt vergeben. Die Punktzahlen entsprechen folgender Bewertung:

- 0 = nicht gegeben bzw. nicht überzeugend dargelegt
- 1 = gegeben bzw. überzeugend dargelegt.

(6) Bewerberinnen und Bewerber, die weder die deutsche Sprache als Muttersprache haben, noch eine deutsche Hochschulzugangsberechtigung aufweisen oder einen Studienabschluss an einer deutschen Hochschule erworben haben, müssen darüber hinaus über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügen. Sprachliche Voraussetzung ist einer der folgenden Nachweise:

- DSH 2= Deutsche Sprachprüfung für den Hochschulzugang – Level 2 oder
- TestDaf mit Niveau 4 in allen vier Bereichen.

§ 3 Studienbeginn und Bewerbungsfrist

(1) Der Masterstudiengang „Soziale Arbeit und Gesundheit im Kontext Sozialer Kohäsion“ beginnt jeweils zum Wintersemester. Die schriftliche Bewerbung muss mit den gemäß Absatz 2 erforderlichen Bewerbungsunterlagen bis zum 15. Juli für das Wintersemester bei der Hochschule eingegangen sein. Die Bewerbung gilt nur für die Vergabe der Studienplätze des betreffenden Bewerbungstermins.

(2) Der Bewerbung sind – bei Zeugnissen und Nachweisen in beglaubigter Kopie – folgende Unterlagen beizufügen:

- a) das Abschlusszeugnis des Bachelor- bzw. Diplomstudiengangs oder - wenn dieses noch nicht vorliegt - eine Bescheinigung über die erbrachten Leistungen, die Leistungspunkte und über die bisherige Durchschnittsnote,
- b) Lebenslauf,
- c) Nachweise nach § 2 Abs. 6,
- d) Motivationsschreiben gem. § 2 Abs. 5.

(3) Die eingereichten Unterlagen verbleiben bei der Hochschule.

§ 4 Auswahlverfahren

(1) Erfüllen mehr Bewerberinnen und Bewerber die Zugangsvoraussetzungen als Studienplätze zur Verfügung stehen, werden die Studienplätze nach dem Ergebnis eines hochschuleigenen Auswahlverfahrens vergeben.

(2) Die Auswahlentscheidung wird wie folgt getroffen:

Anhand der Punktschnee nach § 2 wird eine Rangliste gebildet. Besteht zwischen einzelnen Bewerberinnen und/oder Bewerbern Ranggleichheit, so bestimmt sich die Rangfolge auf der Liste nach dem Los.

(3) Im Übrigen bleiben die allgemein für die Immatrikulation geltenden Bestimmungen der Immatrikulationsordnung der Hochschule unberührt. Die Einschreibung der Bewerberinnen und Bewerber, die nach § 2 Abs. 2 bis 4 als besonders geeignet gelten, erlischt, wenn das Bachelorzeugnis für die Einschreibung zum jeweiligen Wintersemester nicht bis zum 15. Oktober bei der Hochschule eingereicht wird, und die Bewerberin oder der Bewerber dies zu vertreten hat.

§ 5 Auswahlkommission für den konsekutiven Masterstudiengang „Soziale Arbeit und Gesundheit im Kontext Sozialer Kohäsion“

(1) Für die Vorbereitung der Auswahlentscheidung bildet der Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit eine Auswahlkommission.

(2) Der Auswahlkommission gehören drei stimmberechtigte Mitglieder an, die der Hochschul-lehrer- oder der Mitarbeitergruppe angehören müssen. Hinzu kommt ein Mitglied der Studierenden-gruppe mit beratender Stimme. Wenigstens ein Mitglied muss der Hochschullehrergruppe angehören. Die Mitglieder werden durch den Fachbereichsrat eingesetzt. Die Amtszeit der Mitglieder beträgt zwei Jahre, die des studentischen Mitglieds ein Jahr, Wiederbestellung ist möglich. Die Auswahlkommission ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind

(3) Die Aufgaben der Auswahlkommission sind:

- Entscheidung über die enge fachliche Verwandtschaft nach § 2 (1)
- Feststellung der besonderen Eignung nach § 2 (2)
- Entscheidung über die Zulassung von Bewerberinnen und Bewerber,
- Durchführung des Losverfahrens nach § 4 (2)

Zugangs- und Zulassungsordnung für den Masterstudiengang „Soziale Arbeit und Gesundheit im Kontext Sozialer Kohäsion“

(4) Die Auswahlkommission berichtet dem Fachbereichsrat des Fachbereichs Soziale Arbeit und Gesundheit nach Abschluss des Vergabeverfahrens über die gesammelten Erfahrungen und unterbreitet ggf. Vorschläge für die Weiterentwicklung des Vergabeverfahrens.

§ 6 Bescheiderteilung, Nachrückverfahren, Abschluss der Verfahren

(1) Bewerberinnen und Bewerber, die zugelassen werden können, erhalten von der Hochschule einen schriftlichen Zulassungsbescheid. In diesem wird eine Frist festgelegt, innerhalb derer die Bewerberin oder der Bewerber schriftlich zu erklären hat, ob sie oder er den Studienplatz annimmt. Liegt diese Erklärung nicht frist- und formgerecht vor, wird der Zulassungsbescheid unwirksam. Auf diese Rechtsfolge ist im Zulassungsbescheid hinzuweisen.

(2) Bewerberinnen und Bewerber, die nicht zugelassen werden können, erhalten einen Ablehnungsbescheid, in dem der erreichte Rangplatz und der Rangplatz der zuletzt zugelassenen Bewerberin oder des zuletzt zugelassenen Bewerbers aufgeführt ist. Der Ablehnungsbescheid ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. Er erhält gleichzeitig die Aufforderung, innerhalb einer bestimmten Frist schriftlich zu erklären, ob der Zulassungsantrag für ein Nachrückverfahren aufrechterhalten wird. Legt die Bewerberin oder der Bewerber diese Erklärung nicht frist- oder formgerecht vor, so ist sie oder er vom Nachrückverfahren ausgeschlossen. Auf diese Rechtsfolge ist hinzuweisen.

(3) Das Nachrückverfahren wird anhand der Rangliste nach § 4 Abs. 2 durchgeführt.

(4) Die Zulassungsverfahren werden spätestens zwei Wochen nach Vorlesungsbeginn abgeschlossen. Danach noch verfügbare Studienplätze werden auf formlosen Antrag durch Los vergeben. Der Bewerbungszeitraum hierfür beginnt zwei Wochen vor dem Vorlesungsbeginn und endet mit dem Abschluss des Verfahrens.

§ 7 Zulassung für höhere Fachsemester

Die freien Studienplätze in einem höheren zulassungsbeschränkten Semester werden in nachstehender Reihenfolge an die Bewerberinnen und Bewerber vergeben,

- a) die im gleichen oder einem vergleichbaren Studiengang
 - aa) an einer anderen deutschen Hochschule eingeschrieben sind oder waren,
 - bb) mit deutscher Staatsangehörigkeit oder zulassungsrechtlich deutschen Staatsangehörigen gleichgestellt an einer ausländischen Hochschule eingeschrieben sind oder waren,
- b) für die eine Ablehnung der Zulassung aus Gründen, die in ihrer Person liegen, eine besondere Härte bedeuten würde,
- c) die sonstige Gründe geltend machen.

Innerhalb jeder der drei Fallgruppen des Absatzes 1 entscheidet über die Zulassung das Ergebnis der Bachelorprüfung oder einer zu dieser äquivalenten Prüfung, bei gleichem Ergebnis die für die Ortswahl maßgebenden sozialen, insbesondere familiären und wirtschaftlichen Gründe und bei dann noch gleichartigen Fällen letztlich das Los.

§ 8

In-Kraft-Treten

Diese Ordnung tritt am Tag nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung in Kraft.